



ANFRAGE GEM. § 5 GESCHÄFTSORDNUNG

Absender:
AfD-Fraktion

Betreff:
Anfrage der AfD-Fraktion
hier: Personalstreik der kommunalen Betreuungseinrichtungen

Beratungsfolge:
28.05.2015 Haupt- und Finanzausschuss

Anfragetext:

1. Wir bitten vor dem Hintergrund der laufenden Streikmaßnahmen um Mitteilung, wie viele Kosten die Stadt Hagen durch die Streikmaßnahmen, sowohl in Bezug auf Personalkosten als auch in Bezug auf sonstige variable Kosten, bisher eingespart hat und umgerechnet täglich einspart.
2. Ferner bitten wir um Mitteilung, wie viel von den Ersparnissen an die Beitragszahler, respektive Eltern, zur Kompensation erlittener Unbill/Aufwendungen infolge der Nichtinanspruchnahme der Einrichtungen weitergegeben werden kann, und zwar ohne und ggf. mit Gegenfinanzierung.
3. Wir bitten zuletzt um Mitteilung, auf welchem Wege diese freiwilligen Zuwendungen, z.B. durch (bevorzugt) Rückerstattungen oder Abschreibungen auf zukünftige Beitragserhöhungen den Eltern zugewiesen werden können.

Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage



AfD-Fraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

Hagen, 20.05.2015

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
Telefon: 02331-207 2129
Telefax: 02331-207 2713
E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afdhaben.de

Aktenzeichen:
2015_05_20_Anfrage HFA_

**Anfrage an die Verwaltung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 28.05.2015 gemäß § 5 Geschäftsordnung**

hier: Personalstreik der kommunalen Betreuungseinrichtungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wir bitten vor dem Hintergrund der laufenden Streikmaßnahmen um Mitteilung, wie viele Kosten die Stadt Hagen durch die Streikmaßnahmen, sowohl in Bezug auf Personalkosten als auch in Bezug auf sonstige variable Kosten, bisher eingespart hat und umgerechnet täglich einspart.
2. Ferner bitten wir um Mitteilung, wie viel von den Ersparnissen an die Beitragszahler, respektive Eltern, zur Kompensation erlittener Unbill/Aufwendungen infolge der Nichtinanspruchnahme der Einrichtungen weitergegeben werden kann, und zwar ohne und ggf. mit Gegenfinanzierung.
3. Wir bitten zuletzt um Mitteilung, auf welchem Wege diese freiwilligen Zuwendungen, z.B. durch (bevorzugt) Rückerstattungen oder Abschreibungen auf zukünftige Beitragserhöhungen den Eltern zugewiesen werden können.

Mit freundlichem Gruß

gez. Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender

F.d.R. Fraktionsgeschäftsführer
Martin Goege



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

55 - Fachbereich Jugend und Soziales

Betreff: Drucksachennummer: 0547/2015
Anfrage der AfD-Fraktion
hier: Personalstreik der kommunalen Betreuungseinrichtungen

Beratungsfolge:
28.05.2015 Haupt- und Finanzausschuss



Die Anfrage der AfD-Fraktion vom 20.05.2015 wird seitens der Verwaltung wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1

Eine konkrete Benennung der bei der Stadt Hagen durch die noch laufenden Streiks eingesparten Kosten ist derzeit noch nicht möglich. Dies aus dem Grund, dass die tatsächlichen Personalkosten vom jeweiligen Einzelfall abhängen (Eingruppierung als Erzieherin oder Kinderpflegerin, unterschiedliche Erfahrungsstufen).

Die derzeitige Schätzung geht von einem Betrag von 13.000 € je Streiktag an tatsächlich eingesparten Personalkosten aus. In Bezug auf die Sachkosten ist nicht mit erheblichen Einsparungen zu rechnen, da der Grundbetrieb der Einrichtungen (z.B. Heizung im Frostschutzmodus) weiterläuft. Bei den Verbrauchskosten für Wasser und Strom ist mit einer Einsparung zu rechnen. Eine Reinigung der Einrichtungen im bisherigen Umfang ist nicht erforderlich, für festangestelltes Personal ergibt sich aber keine Lohnkosteneinsparung, eine Einsparung kann sich hier nur auf Aushilfen beziehen. Auch hier ist eine konkrete Benennung der eingesparten Kosten erst nach Ende des Streikes möglich.

Zu Frage 2

Eine Erstattung an die Beitragszahler ist aufgrund der aktuellen Satzungsregelung (§3 Abs. 2 der Beitragssatzung) nicht vorgesehen.

Zu Frage 3

Erübrigt sich wegen der abschlägigen Beantwortung zu Frage 2.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
